

MEHR FORTSCHRITT WAGEN, BAYERNS WOHLSTAND SICHERN

Positionspapier der FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die neue Bundesregierung ist angetreten, Deutschland zu modernisieren. Dazu gehört für uns Freie Demokraten insbesondere die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Die bayerische FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag wollen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass auch Bayern von diesem Aufbruch profitiert. Denn auch der Freistaat braucht dringend einen Modernisierungsschub. Die bayerische Wirtschaftspolitik war in den vergangenen Jahren ohne jede Ambition. Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, reicht ein „Weiter so“ nicht aus.

Wir Freie Demokraten stehen für Trendwenden: Von soliden Finanzen über Investitionen in saubere Technologien und Digitalisierung, Entlastung von Bürokratie, bessere Bildung und neue Aufstiegschancen bis hin zu mehr gesellschaftlicher Liberalität. Uns geht es um mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Uns geht es darum, Wohlstand auch langfristig zu sichern.

Wir sind bereit für eine neue Dynamik. Wir setzen Vertrauen in die Menschen in unserem Land. Sie wollen vorankommen durch eigene Leistung. Sie wollen einen Staat, der in seinen Kernaufgaben funktioniert und für die Aufgaben der Zukunft gerüstet ist. Sie wollen, dass jede und jeder einzelne seine Chancen nutzen kann. Entfesseln wir dieses Potenzial, das in uns steckt.

Das Zukunftsprogramm der Bundesregierung haben bayerische FDP-Politiker durch ihre Arbeit am Koalitionsvertrag mit wichtigen Impulsen beeinflusst. Wir vertreten bayerische Interessen in Berlin. Mit unseren Parlamentarischen Staatssekretären gestalten wir die Finanz-, Bildungs- und Forschungspolitik der Bundesregierung aktiv mit. Jetzt gilt es die Ziele umzusetzen und neue Ideen auf den Weg zu bringen.

Freihandel und Lieferketten:

Die Unterbrechung von Lieferketten im Zuge der Corona-Pandemie und der Blockade des Suez-Kanals durch die MS Ever Given haben uns vor Augen geführt, wie abhängig unsere Wirtschaft vom Welthandel ist. Gerade Bayern ist als bedeutendes Exportland auf freien und fairen Handel angewiesen. Deshalb wollen wir den regelbasierten Freihandel stärken und sprechen uns gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken aus. Die FDP unterstützt die Verhandlung neuer Handelsabkommen der EU und befürwortet eine zeitnahe Ratifizierung von CETA sowie, nach Klärung von Fragen des Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutzes, von Mercosur. Damit sichern wir Wohlstand und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation WTO ein - dazu gehört die Erneuerung der

Regeln zu marktverzerrenden Subventionen, die Aufhebung der Blockade bei dem Streitbeilegungsmechanismus und eine Ausrichtung am Pariser Klimavertrag sowie den Globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Wir fordern zudem eine aktivere Außenhandelspolitik von Seiten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Planungsbeschleunigung:

Um die Modernisierung Bayerns voranzutreiben, setzen wir uns für die Beschleunigung, Entbürokratisierung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Dafür braucht es einen Pakt zwischen Bund und Ländern – hier ist eine kooperative Haltung der Bayerischen Staatsregierung gefragt. Die Ampel wird die Inhouse-Beratungskapazitäten der öffentlichen Hand zu Beschleunigungsagenturen ausbauen, auf die auch Länder und Kommunen einfach zugreifen können. Insbesondere beim Trassenbau müssen wir vorankommen um die Versorgung mit sicherem, sauberem und bezahlbarem Strom gewährleisten zu können. Durch frühe Bürgerbeteiligung wollen wir zudem Planungen schneller und effektiver gestalten und die Menschen bei Infrastrukturvorhaben mitnehmen.

Digitale Verwaltung:

Der nationale Normenkontrollrat hat es zuletzt deutlich gemacht: "In der (Corona-)Krise wird deutlich, was auch in 'normalen' Zeiten immer öfter Sorgen bereitet: Deutschland ist, denkt und handelt zu kompliziert." Das sei auch ein wichtiger Grund, warum es in Deutschland so schleppend mit der Digitalisierung der Verwaltung voran geht. Bayern muss – wie der Bund – als Vorbild vorangehen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten einfache, zeitgemäße digitale und vor allem zeitsparende Leistungen. Es gilt, das organisatorische Chaos der alten Regierung zu korrigieren und das Onlinezugangsgesetz (OZG) weiterzuentwickeln. Das beinhaltet auch, dass nicht nur die Schnittstelle Bürger/Verwaltung im Fokus steht, sondern die gesamte interne Bearbeitung in der Verwaltung vollständig digital und medienbruchfrei abläuft. Dazu gehört eine klare Folgefinanzierung, die eine klare Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) unterstützt. Weiterhin müssen Verantwortlichkeiten im Rahmen der IT-Konsolidierung klar geregelt werden. Digitalhemmnisse gehören abgebaut. Ein vertrauenswürdiges, allgemein anwendbares Identitätsmanagement gehört etabliert. Bayern muss die wichtigen Weiterentwicklungen seitens des Bundes konsequent übernehmen und so die digitale Verwaltung zügig umsetzen. Das Mindset muss bis in das letzte Bürgeramt übertragen werden.

Tempo beim Umbau der Energieversorgung:

- 10-H-Regel: Die Bayerische Staatsregierung blockiert die Energiewende durch ihr Festhalten an der 10-H-Regel fest. Wenn wir das 2%-Flächenziel für Windenergie erreichen wollen, muss sich jedoch auch Bayern daran beteiligen. Um dies zu ermöglichen, müssen wir die 10-H-Regel reformieren.

- Gaskraftwerke: um die Versorgungssicherheit zu sichern und gleichzeitig den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben, gilt es schnell attraktive Investitionsmöglichkeiten für den Bau neuer Gaskraftwerke in Bayern zu schaffen, die perspektivisch mit klimafreundlichem Wasserstoff betrieben werden können.
- Wasserstoff: Eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft birgt auch Perspektiven für Bayern. Im Rahmen der Wasserstoff-Förderung setzen wir uns für die Gründung einer Europäischen Union für grünen Wasserstoff ein. Dazu wollen wir das IPCEI Wasserstoff schnell umsetzen und Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastuktur finanziell fördern. Den Einsatz von Wasserstoff wollen wir nicht auf bestimmte Anwendungsfelder begrenzen.

Kreislaufwirtschaft und Rohstoffe:

Gerade im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft und mangelnde Rohstoffverfügbarkeit wollen wir die Forschung, Design-Fertigung und das Recycling von Produkten wie z.B. Batteriezellen vorantreiben. Unser Ziel ist, die Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung zu unterstützen, den heimischen Rohstoffabbau zu erleichtern und ökologisch auszurichten. Das ökonomische und ökologische Potenzial des Recyclings wollen wir umfassend nutzen, den Ressourcenverbrauch senken und damit neue Arbeitsplätze schaffen.

Transformation der Automobilindustrie:

Bayern ist einer der weltweit bedeutendsten Standorte der Automobilwirtschaft. Die Transformation des Automobilssektors inkl. aller vor- und nachgelagerten Bereiche (Zulieferer, Werkstätten etc.) werden wir vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung unterstützen, um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen und Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung hierzulande zu erhalten. Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit, den Ausbau von Ladeinfrastrukturen und synthetische Kraftstoffe.

Mittelstand und Handwerk:

Zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand, für ein starkes Handwerk und für freie Berufe, sind Teil unserer Wirtschaftspolitik. Vor allem die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Betrieben an Vergabeverfahren wollen wir erleichtern (d.h. digitalisieren, evaluieren und bedarfsgerecht ausgestalten), damit sie von Förderprogrammen und Investitionszuschüssen stärker profitieren. Das Duale System der beruflichen Ausbildung werden wir für die Fachkräftesicherung im Handwerk stärken und den Übergang von der Schule in die berufliche Bildung verbessern. Die Kosten von Meisterkursen und -briefen für die Teilnehmer senken wir deutlich.

Bürokratieabbau:

Abläufe und Regeln wollen wir vereinfachen und der Wirtschaft, insbesondere den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Selbstständigen, mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben schaffen.

Start-Ups und Gründerkultur:

Die Start-up- und Gründerförderung werden wir mit der neuen Bundesregierung stärken und eine umfassende Start-up-Strategie entwickeln. Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Finanzierungen und Förderungen bauen wir ab. Durch flächendeckende "One-Stop-Shops" sollen Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden möglich werden. Das Vertrauen in Gründergeist, Innovation und Unternehmertum wollen wir erneuern, neue Förderinstrumente schaffen und bestehende weiterentwickeln sowie für soziale und ökologische Innovationen öffnen. Die KfW soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur sowie als Co-Wagniskapitalgeber wirken, insbesondere für innovative Technologien wie KI, Quantentechnologie oder Wasserstoff. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass privates Kapital institutioneller Anleger (z.B. Versicherungen oder Pensionskassen) für die Startup-Finanzierung mobilisiert werden kann.

Mit einem Reallabor- und Freiheitszonengesetz schaffen wir einheitliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und neue Freiräume zur Erprobung von Innovationen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen und soziale Innovationen wollen wir mit einer nationalen Strategie für Sozialunternehmen noch mehr unterstützen.

Fachkräftemangel:

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist in Bayern in vielen Branchen eines der größten Hindernisse für Wirtschaftswachstum, für die Sicherung von Wohlstand, eine hohe Qualität in Gesundheit, Pflege, Betreuung und Bildung sowie für das Gelingen der Transformation. Wir brauchen deshalb eine Neuausrichtung der Fachkräftestrategie. Wesentliche Bestandteile sind höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, flexiblerer Renteneintritt von älteren Erwerbstätigen, berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Neuorientierung auch in der Mitte des Erwerbslebens, mehr Arbeitskräfteeinwanderung sowie die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüssen. Hierbei ist erheblich Bürokratie abzubauen und die Verfahren zu beschleunigen.

Im Bereich der Arbeitskräfteeinwanderung werden wir unser Einwanderungsrecht weiterentwickeln und bewährte Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung entfristen. Neben dem bestehenden Einwanderungsrecht werden wir mit der Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eine zweite Säule etablieren, um Arbeitskräften zur Jobsuche den gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu

ermöglichen. Die Blue Card werden wir im nationalen Recht auf nicht-akademische Berufe ausweiten; Voraussetzung wird ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen sein.

Schaffung von Innovationsregionen

Die Stärke unserer Innovationskraft liegt in den Regionen, denn viele neue Ideen entstehen an Orten, wo konzentriert-innovativ an den Lösungen der Zukunft gearbeitet wird. Wir wollen ausgewählte Regionen mit einem forschungs- und innovationspolitischen Schwerpunkt als Leuchttürme unter die Spitzengruppe internationaler Forschungs-, Transfer- und Innovationsregionen bringen. Dazu wollen wir Innovationsregionen („Enterprise Zones“) nach britischem Vorbild schaffen. Die FDP-Landesgruppe und die FDP-Landtagsfraktion werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass solche Innovationsregionen in Bayern entstehen.

Exzellenzinitiative Berufliche Bildung

Wir bringen eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg. Sie soll analog zur Exzellenzinitiative für Hochschulen einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Ideen und Vorhaben zur Zukunft der beruflichen Bildung anregen: für Berufsschulen/Berufsbildungszentren, Betriebe, Kammern und weitere Akteure beruflicher Bildung. Zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender Schulen legen wir dazu mit Ländern, Kommunen und relevanten Akteuren einen Pakt auf. Außerdem bauen wir z.B. InnoVET aus und öffnen die Begabtenförderungswerke des Bundes für die berufliche Bildung.

Standortattraktivität:

- Digitale Infrastruktur (insbesondere Mobilfunk): Flächendeckend überall erreichbar sein!

Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser (FTTH) auf dem neuesten Mobilfunkstandard. Insbesondere dort, wo der Nachholbedarf am größten ist, allen voran bei den weißen Flecken, investieren wir. Es ist unabdingbar für den Wirtschaftsstandort Bayern, dass der Freistaat als Flächenland genauso flächendeckend mit digitaler Infrastruktur angeschlossen ist. Der aktuelle Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur macht Gegenteiliges deutlich: Bayern hat das schwächste Mobilfunknetz im ganzen Bundesgebiet, auch im Vergleich zu anderen Flächenländern wie Niedersachsen oder Baden-Württemberg. Mit einer flächendeckenden 4G-Abdeckung von nur 93,85 Prozent liegt Bayern auf dem letzten Platz. Kein Bundesland hat mehr weiße Flecken (5,93 Prozent). Bei den grauen Flecken ist man mit 8,99 Prozent auf den viertletzten Platz. Das ist zu wenig. Auf Landesebene ist seit dem aufgestellten Förderprogramm von 2018 nicht viel passiert. Es muss aber etwas passieren! Eine vernünftige digitale Infrastruktur ist insbesondere für den nächsten, in vielen Teilen schon allgegenwärtigen Mobilfunkstandard 5G essentiell. Wenn Bayern eine wirtschaftliche und innovative Kraft sein will, muss es hier besser werden. Im Bund werden wir unseren Beitrag leisten. Wir bündeln Kompetenzen und Aufgaben für Festnetz und Mobilfunk. Wir richten die

Frequenzvergabe auf Flächenversorgung aus, bei Möglichkeit auch mit negativen Auktionen. Mit uns werden die Maßnahmen für einen besseren Mobilfunk- und WLAN-Empfang bei der Bahn beschleunigt.

- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen:**

Wohnen ist ein wichtiger Standortfaktor auch für unsere Fachkräfte. Wir werden dazu beitragen, dass ausreichend Wohnraum geschaffen wird und das Bauen und Wohnen der Zukunft bezahlbar, klimaneutral und barrierearm wird. Wir starten eine Offensive für bezahlbares und nachhaltiges Bauen und Wohnen, um 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu ermöglichen.

Wir senken die **Kosten** für den **Wohnungsbau** durch serielles und modulares Bauen, Digitalisierung, Entbürokratisierung sowie Standardisierung und die Hürden beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer und eigenkapitalersetzende Darlehen ab.

Wir erhöhen die **lineare Abschreibung** für den Neubau von Wohnraum auf drei Prozent. Wir setzen wirtschaftlich effiziente, sozialverträgliche Umsetzung der Klimaschutzziele im Gebäudesektor, durch eine Innovationsklausel und eine Neuausrichtung von Ordnungs- und Förderrecht an der eingesparten Tonne CO₂. Technologieoffene Förderungen beim **Klimaschutz**, statt ideologischer Fokus auf einzelne Gewerke oder Materialien

Nachhaltig schädliche mietrechtliche Verschärfungen haben die Freien Demokraten **verhindert**.

- **Faire Steuern:**

Wir wollen das Steuersystem für Menschen und Unternehmen einfacher machen. Dazu wollen wir die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Steuerverwaltung vorantreiben. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung werden wir intensiver bekämpfen.

Wir wollen eine Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter schaffen, die den Steuerpflichtigen in den Jahren 2022 und 2023 ermöglicht, einen Anteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im jeweiligen Jahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in besonderer Weise diesen Zwecken dienen, vom steuerlichen Gewinn abzuziehen („**Superabschreibung**“). Damit unterstützen wir die Modernisierung der bayerischen Wirtschaft.

Wir wollen die erweiterte **Verlustverrechnung** zeitlich bis Ende 2023 verlängern und den Verlustvortrag auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeiträume ausweiten. Eine gute Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist elementar für den Erfolg der deutschen Wirtschaft und stärkt die Krisenfestigkeit. Wir werden daher das Optionsmodell und die

Thesaurierungsbesteuerung evaluieren und prüfen, inwiefern praxistaugliche Anpassungen erforderlich sind.

Wir werden die steuerliche Regelung des **Homeoffice** für Arbeitnehmer bis zum 31.12.2022 verlängern und evaluieren, den **Ausbildungsfreibetrag** erstmals nach 2001 von 924 auf 1.200 Euro erhöhen, den **Sparerpauschbetrag** zum 1. Januar 2023 auf 1.000 Euro bzw. 2.000 Euro bei Zusammenveranlagung erhöhen.

Wir werden das Urteil des Bundesfinanzhofs zum Alterseinkünftegesetz umsetzen, eine doppelte **Rentenbesteuerung** in Zukunft vermeiden und deshalb den Vollabzug der Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben – statt nach dem Stufenplan ab 2025 – vorgezogen und bereits ab 2023 ermöglichen. Zudem werden wir den steuerpflichtigen Rentenanteil ab 2023 nur noch um einen halben Prozentpunkt steigen. Eine Vollbesteuerung der Renten wird damit erst ab 2060 erreicht.

Durch eine schnellstmögliche Beendigung der **EEG-Umlage** wollen wir die Energiepreise so schnell wie möglich senken. Die Kosten für den Klimaschutz wollen wir durch ein **Klimageld** sozial abmildern.

Solide Staatsfinanzen:

Finanzielle Solidität und der sparsame Umgang mit Steuergeld sind Grundsätze unserer Haushalts- und Finanzpolitik. Wir werden im Rahmen der grundgesetzlichen **Schuldenbremse** die nötigen **Zukunftsinvestitionen** gewährleisten, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur, auch um die deutsche Wirtschaft zukunftsfest und nachhaltig aufzustellen und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu wollen wir auch mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren. Ab 2023 werden wir zur Schuldenbremse zurückkehren.

Schrittweise werden wir den Bundeshaushalt (ohne Personal- und Verwaltungsausgaben) auf eine ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung umstellen.

Mit uns wird Deutschland auch weiterhin seiner Rolle als Stabilitätsanker in Europa gerecht werden. **Der Stabilitäts- und Wachstumspakt** soll auch weiterhin die Grundlage für Wachstum sichern und die Schuldentragfähigkeit erhalten. Preisstabilität ist elementar für den Wohlstand Europas.